

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Andauernder Druck der Riffabylen.

Kleinlauter französischer Kriegsbericht.

Paris, 27. Mai. (M.B.) In dem offiziellen Kommuniqué über die Lage in Marokko heißt es: Im westlichen Abschnitt von Französisch-Marokko übt der Feind weiter auf die in der Nähe der französischen Grenze gelegenen Dörfer einen Druck aus. Die Zusammenstellung von Truppen aus Dschebala-Leuten wird fortgesetzt. Eine vor wenigen Tagen zu Beobachtungszwecken im Bibanogebirge zurückgelassene französische Abteilung ist am 25. Mai wieder zu ihrer Stammtruppe gestoßen. Diese Bewegung hat bei allen in der Nähe liegenden feindlichen Abteilungen eine heftige Reaktion hervorgerufen. Es ist zu hartnäckigen Kämpfen gekommen. Auf französischer Seite hat Artillerie und Flieger eingegriffen; sie sollen dem Feinde, der am 25. Mai diesen Teil der Gegend geräumt hat, schwere Verluste beigebracht haben. Das Bibanogebirge selbst bleibt durch den französischen Posten gleichen Namens der für einen Widerstand von gewisser Dauer mit Nahrungsmitteln und Munition versehen wurde, überwacht. An der Mittelfront ist die Lage un verändert. Der Feind hat Abteilungen aus Leuten der abgefallenen Stämme wieder mit Patronen versorgt. Diese Diszidentenstämme sollen am 23. Mai 25 Tote verloren haben. In der Gegend von Ain Maruf werden noch immer Einbrüche sowie Plünderungen festgestellt. Im übrigen dauert die in dieser Gegend gemeldete Bedrohung durch den Feind an. Dasselbe ist auch an der Ostfront der Fall.

Italien und die Anschlussfrage.

Wie aus Rom gemeldet wird, betonen die Blätter — vielleicht im Anschluß an die jüngsten Rundgebungen für die Heimkehr Deutschlands in die deutsche Republik — die unbedingte Notwendigkeit der Brennergrenze für Italien, also die Unmöglichkeit einer Herausgabe Deutsch-Südtirols.

Es ist weder neu noch überraschend, daß keiner der in Versailles, St. Germain usw. vergrößerten oder neubegründeten Staaten etwas von seinem Besitz herausgeben will. Die österreichisch-deutsche Anschlussbewegung verlangt aber nichts Derartiges — sie strebt nichts weiter an, als daß den 6 1/2 Millionen Deutschösterreichern, die einen eigenen Staat bilden, jenes Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werde, das sie stürmisch fordern, seitdem man sie gegen den feierlichen Verfassungsbefehl ihrer Nationalversammlung vom 12. November 1918 zu jener „Selbständigkeit“ gezwungen sind, die nur mit Hilfe fortwährender Geldeinpumpung aufrechterhalten werden könnte.

So tief die Empörung über die terroristische Behandlung des Südtiroler Deutschtums und so gerechtfertigt diese Empörung bei all jenen Deutschen ist, die die tgl. preußische oder t. u. l. habsburgische Entnationalisierungspolitik von Minderheitsvölkern immer bekämpft haben, so wenig hat die Anschlussbewegung mit Südtirol zu tun, und es ist ganz unlogisch, das Festhalten Südtirols mit einer Ablehnung der Heimkehr Deutschösterreichs ins Deutsche Reich zu verquicken. Auf die Dauer wird man den 6 1/2 Millionen Deutschösterreichern die freie Selbstbestimmung ja doch nicht vorenthalten können, und eines Tages muß es den Ententestaaten auch zuviel werden, immer neues Geld in diesen nicht lebensfähigen „selbständigen“ Staat hineinzupumpen.

Im übrigen schändet Italien seine größten Traditionen, wenn es Jeter und Mordio über eine deutsche Irredenta schreibt.

Briands Senatsrede.

In der Dienstagssitzung des französischen Senats, über deren Ausgang wir schon heute früh berichteten, hatte Außenminister Briand erklärt, er hätte im Senat gern über alle Probleme, die ihn interessierten, Aufklärung gegeben. Unglücklicherweise seien aber die Umstände für derartige Erklärungen nicht günstig. Die Fragen, die die Sicherheit Frankreichs und die Entwaflnung betreffen, bilden augenblicklich den Gegenstand von Diskussionen zwischen den Alliierten. Frankreich habe zu ihnen klar Stellung genommen. Als er, Briand, die Leitung des Außenministeriums übernommen habe, habe er die deutschen Vorschläge betreffend den Abschluß eines Sicherheitspakt vorgefunden. Er habe geglaubt, daß Frankreich genug Beweise seiner Friedensliebe gegeben habe, um Verhandlungen einzuleiten zu können, unter der Bedingung allerdings, daß sie auf realen Möglichkeiten begründet seien, die dahin führen würden, daß keine der beiden Parteien das Opfer ihrer Gefühle werde. (Voincaré rief dazwischen: „Und auf der Grundlage des Respekts vor den Verträgen.“) Briand fuhr fort: Ich habe Vorkommlichkeiten hier im Rahmen der Verträge in Aussicht genommen. Außerhalb dieses Rahmens böte es Gefahren. Briand erklärte, es sei

Er ist verpflichtet, mit der Öffentlichkeit seines Landes zu rechnen, man müsse deshalb nachdenken, was er hat sagen wollen. Ich habe in seinen Worten nicht das brutale non possumus gefunden, das man nach gewissen Wahlen hätte erwarten können. Stresemann habe gesagt, die Alliierten hätten ihre Unterschrift dadurch nicht respektiert, daß sie Köln nicht geräumt hätten. Er hätte auch sagen können, daß die Verfehlungen, die man gegen Deutschland anführe, nicht sehr beträchtlich sein könnten, weil die Alliierten sie noch nicht bekannt gegeben hätten. Das sei Ironie. Dr. Stresemann kenne die Verfehlungen sehr gut. General Bourgeois habe einiges davon bekanntgegeben. Ohne das Bild schwarz malen zu wollen, wie dieser es getan hat, muß ich sagen, daß ich in dieser Rede einen Teil der Feststellungen der Kontrollkommission wiedergefunden habe. Es ist nicht erstaunlich, daß Deutschland von patriotischem Geiste belebt ist. Viele Nationen könnten sich in dieser Richtung an ihm ein Beispiel nehmen. Es ist nicht zweifelhaft, daß sich Vereinigungen mit wagemutigen Absichten in Deutschland gebildet haben. Wird jede der festgestellten Verfehlungen für sich allein genommen, sind sie nicht gefährlich. Ihre Gesamtheit und ihr Zusammenhang untereinander ist aber doch geeignet, einen kleinen Schauer der Beunruhigung zu verursachen. Auf alle Fälle ist es notwendig, daß die Verfehlungen, die von den Kontrollkommissionen festgestellt seien, beseitigt werden. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen hält, und wenn es wirkliche Sicherheitsgarantien ins Auge zu fassen gedenkt, wird man das ja rasch erkennen. Die Rote der Alliierten wird von einem großen Geiste der Mäßigung eingegeben sein. Ich hoffe Ihnen demnächst weitere Aufklärungen geben zu können. Die Bedenken, die General Bourgeois zum Ausdruck gebracht hat, empfindet die Regierung auch, und sie wird die nötigen Maßnahmen ergreifen.

Pessimismus in London.

Die englische Presse fährt fort, sich ausführlich mit dem Stand der Verhandlungen über den Garantiepakt zu befassen. Ihre Ausführungen sind nach wie vor pessimistisch, weil die Antwort, die Briand auf den deutschen Vorschlag erteilen will, und die er in London zur Kenntnisnahme vorgelegt hat, dahin geht, den Sicherheitspakt zu fünf durch einen allgemeinen Garantiepakt im Rahmen des Genfer Protokolls zu ersetzen, wodurch nicht allein die deutschen Besitzgrenzen, sondern überhaupt alle Grenzen, wie sie sich aus sämtlichen Friedensverträgen von 1919 ergeben, abermals und definitiv anerkannt und garantiert werden würden. Für Deutschland würde ein solches Abkommen absolut wertlos sein, und das erkennt die englische Presse durchaus an. Aus ihren Artikeln klingt noch eine leise Hoffnung, daß es gelingen möge, Briand noch umzustimmen, andererseits befürchten verschiedene Zeitungen, darunter „Times“ und „Manchester Guardian“, das infolge eines Scheiterns des geplanten Garantiepaktes diejenige Strömung im englischen Kabinett die Oberhand gewinne, die für eine bewußte „Selbstisolierung“ Englands, d. h. für eine Abkehr von den kontinentalen politischen Problemen eintritt.

Ein Attentat im Irrtum.

Der Kassierer des Pariser Royalistenblattes erschossen.

Wieder einmal ist auf die Leitung der Zeitung des berühmten Standalmaniers Léon Daudet, der „Action française“, ein Attentat mit Todesfolge verübt worden. Eine Frau von 44 Jahren, Maria Bonnelon, Mutter zweier Kinder, angeblich eine Tschekin von Geburt und jetzt Hausgehilfin in Paris, schloß den Kassierer der „Action française“, Berger, nieder; sie hielt ihn für den Chefredakteur Mauras oder für den Abg. Daudet. Als sie aus den Zeitungsberichten über ihre Tat erfuhr, daß sie den falschen getroffen hatte, stellte sie sich der Polizei; sie gab an, die Leiter der „Action française“ seien an ihrem Unglück schuld. Man hält sie für geistesgestört, ihre Arbeitgeber sind derselben Meinung. Berger ist einige Stunden nach dem Attentat gestorben; er hinterläßt eine Frau mit zwei kleinen Kindern.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag.

Verschiedene Blätter übernehmen eine Korrespondenzmeldung, wonach sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei der zweiten Lesung des deutsch-spanischen Vertrags enthalten, bei der dritten mit Ja stimmen werde. Dazu ist zu bemerken, daß über die Haltung der Fraktion bei der dritten Lesung keine Beschlüsse gefaßt worden sind.

Eine Ohrfeige für die Deutschnationalen.

Ein deutschnationales Ehrengericht brandmarkt ihr Verhalten.

Ein Ehrengericht, das aus mehreren Richtern und zwei deutschnationalen Reichstagsabgeordneten bestand, beschäftigte sich mit der Weigerung Dr. Bests, der Aufforderung der deutschnationalen Reichstagsfraktion nachzukommen und sein Mandat niederzulegen. Das Ehrengericht billigte einstimmig das Verhalten von Dr. Best, der sein Mandat beibehalten wird.

Mit dem Spruch dieses Ehrengerichts ist zugleich der Betrug der deutschnationalen Reichstagsfraktion an den Inflationsopfern gebrandmarkt.

Das Beamtenvertretungsgezet. Das Reichsministerium des Innern teilt in Ergänzung der Ausführungen des Reichsministers des Innern im Haushaltsauschuß mit, daß der neue Entwurf eines Beamtenvertretungsgezetes nicht erst dem Kabinett, sondern bereits dem Reichsrat vorliegt. Der Entwurf der Reichsdienststrafordnung ist am letzten Freitag in zweiter Lesung im Reichsratsauschuß durchberaten worden und wird nach Pfingsten dem Reichstag zugehen.

Akademisches Justizgericht.

Das Verfahren gegen Dr. Gumbel.

Von Felix Fehrbach.

Der „Vorwärts“ hat schon berichtet, daß die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg das gegen den bekannten Pazifisten Dr. Gumbel eingeleitete Disziplinarverfahren eingestellt, aber ihrem Beschluß eine mehr als merkwürdige Begründung beigegeben hat.

Dieses Verfahren hatte zum Ziel, durch den badischen Kultusminister, Prof. Hellpach, die Suspendierung des Privatdozenten Dr. Gumbel zu erreichen, ihm also seine weitere Lehrtätigkeit an der Universität unmöglich zu machen. Wenn im folgenden trotz der jetzt erfolgten Einstellung des Verfahrens die Geschichte dieses Falles geschildert wird, so vor allem deswegen, weil hier das typische Schicksal eines aufrechten und geraden Republikaners vor uns steht. Es ist in Deutschland bei den rechtsgerichteten Kreisen zur Methode politischen Kampfes geworden, den für seine Ueberzeugung mannhaft kämpfenden Republikaner dadurch zu „erledigen“, daß man ihn in der Öffentlichkeit herabsetzt, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleitet und ihn auf solche Weise kaltzustellen sucht. Oder aber man stempelt ihn zum „Landesverräter“ und liefert ihn unserer politisierten Justiz aus. Die Art und Weise, wie man gegen Gumbel verfuhr, ist ein Schulbeispiel für diese Methoden.

Dr. Gumbel war vor dem Kriege Assistent am Statistischen Seminar der Universität München. Als Kriegsfreiwilliger ins Feld gezogen, erlebte er unter den grauenvollen Eindrücken des Völkermordens seine innere Wandlung. Er wurde Pazifist und Sozialist. Bekannt geworden ist er durch seine Broschüre „Vier Jahre Lüge“ und vor allem durch sein aufsehenerregendes Buch „Vier Jahre Nord“, das in annähernd 20 000 Exemplaren verbreitet ist. Mit gewissenhaftester Genauigkeit schildert er darin 376 politische Morde der letzten Jahre. Daneben leistete er wertvolle wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiete der mathematischen Statistik, der Biometrie und der physikalischen Statistik. Diese Arbeiten waren dann auch die Grundlagen für seine Habilitation an der Universität Heidelberg. Auch auf dem Gebiete der mathematischen Philosophie arbeitete er und leistete u. a. schwierige und wertvolle Uebersetzungsarbeiten. Trotz seiner ausgebreiteten wissenschaftlichen Tätigkeit behauptete Dr. Gumbel auch in der politischen Welt seine Stellung.

Als Fortsetzung von „Vier Jahre Nord“ gab er die der Öffentlichkeit vorenthaltenen „Denkschrift des Reichsjustizministers über Vier Jahre Nord“ heraus, die Gumbels Material über die politischen Morde amtlich bestätigt. Den Ursachen dieser Morde geht Gumbel in einem weiteren Buch „Verschwörer“ nach, das so zu einem Beitrag zur Soziologie und Geschichte der nationalsozialistischen Geheimbünde wird. Neben dieser aufwühlenden, wahrheitsfindenden politischen Tätigkeit gingen seine wissenschaftlichen Leistungen weiter. Mehrere Arbeiten wurden der Heidelberger Akademie vorgelegt. So hatte die Universität keinen äußeren Anlaß, gegen ihn vorzugehen. Diesen Anlaß gab aber Gumbel seinen Gegnern durch eine bedauerliche Ungeschicklichkeit.

Bei einer Feier „Nie wieder Krieg!“ hielt er als Vorsitzführender im August 1924 eine improvisierte Schlußrede gegen die Schändlichkeit und Unehrenhaftigkeit des Krieges und für das makeless Andenken der Gefallenen. Er schloß wörtlich: „Und so wollen wir uns zum Andenken derer, die — ich will nicht sagen — auf dem Felde der Unehre gefallen sind, erheben und drei Minuten Stillschweigen bewahren.“ Niemand konnte diesen Ausspruch mißdeuten. Erst als ein dem Böltischen nahestehendes Blatt die zitierte Aeußerung, aus dem Zusammenhang gerissen, bewußt mißverständlich glossierte, verlangte die nationalsozialistische Studentengruppe Dr. Gumbels Suspendierung. Die Universität schloß sich dem bereitwillig an und reichte einen entsprechenden Antrag beim Ministerium ein. Dr. Gumbel betonte, daß der Ausspruch aus dem Zusammenhang gerissen sei und daß der Papst und hervorragende Friedensfreunde den Krieg in weit schärferen Ausdrücken verurteilt hätten. Er drang durch. Der Antrag wurde an die Universität zurückverwiesen. Im Oktober 1924 erneuerte die Universität ihren Antrag. Der Minister versagte wiederum die Genehmigung. Ein Untersuchungsausschuß sollte Gumbels Gesamtpersönlichkeit erfassen. Neben dem völlig geklärten Zwischenfall beschäftigte sich der Ausschuß mit verschiedenen, in solchen Fällen üblichen Denunziationen, die Gumbel aber alle widerlegen konnten.

Im September 1924 hielt Gumbel eine Vortragsreise durch Frankreich, die Anlaß zu einer weiteren Denunziation wurde und zur Einleitung eines Hochverratsverfahrens führte. Schon vorher waren drei Landesverratsverfahren gegen ihn eingeleitet worden; das eine wegen eines Kapitels aus seinem Buch „Verschwörer“, das ohne sein Wissen in einer Wiener Zeitung erschienen war; das zweite wegen eines Kapitels über die „Schwarze Reichswehr“, das aber nur längst bekannte Tatsachen enthielt, und das dritte wegen eines Aufsatzes, der den wörtlichen Nachdruck eines im „Stahlhelm“ erschienenen Artikels darstellte. So aussichtslos waren die „Landesverratsverfahren“, daß es nicht einmal zu einer Vernehmung Gumbels kam. Alle vier Verfahren wurden im Frühjahr 1925 eingestellt. In strafrechtlicher Hinsicht war also Gumbel nicht

hätten. Frankreich könne von seinen Freunden ebensowenig fordern, daß sie ihre Aspirationen aufschoben, wie sie von Frankreich nicht verlangen könnten, daß es auf die seinigen verzichte. Aber welche Büden die Verträge auch enthalten mögen, wir müssen für die augenblicklichen und zukünftigen Verhandlungen die Verträge aufrecht erhalten. Das ist eine Frage des Respekts vor unserer Unterwürft. Wir können weder unsere nationale Einheit noch unsere Ehre opfern. Das sind die Grundzüge, die wir bei den Verhandlungen aufgestellt haben. In einigen Tagen, fuhr Briand alsdann fort, wird die Frage der Sicherheit geregelt sein, dann werde ich alle notwendigen Erklärungen geben. Bis dahin kann ich es nicht, ohne mein gegebenes Wort zu verletzen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat gewisse Erklärungen abgegeben.

im mindesten beizukommen. Vielleicht hat dies auch das Unversitätsverfahren günstig beeinflusst.

Aber gerade, weil in strafrechtlicher Hinsicht Dr. Gumbel nichts anzuhaben war, wurde zunächst das Unversitätsverfahren mit erhöhter Schärfe durchgeführt. In der entscheidenden Sitzung am 16. Mai 1925 hat die philosophische Fakultät jedoch die Suspendierung Gumbels nicht mehr gefordert, wohl aber erklärt, daß Gumbels Verbleiben ihr „unerwünscht“ sei. Dieser Beschluß und seine Begründung ist in einer Broschüre zusammengestellt, auf die noch einzugehen sein wird.

Vorläufig hat Dr. Gumbel also gesiegt und bleibt Privatdozent an der Universität Heidelberg. Aber wer die Fähigkeit kennt, mit der unsere Rationalisten alle diejenigen verfolgen, die tapfer und rücksichtslos für eine reinliche Republik, für den Frieden und gegen die nationalistischen Mörder und Verschwörer kämpfen, der weiß, daß sie sich mit diesem vorläufigen Sieg des „unerwünschten“ Privatdozenten nicht abfinden werden.

Golz und Kutischer.

Er weiß von nichts — wir wollen ihm helfen.

Vom Generalmajor a. D. Grafen von der Golz, dem früheren Baltikum- und jetzigen Vorsitzenden der „Baltischen Verbände“, erhalten wir eine Zuschrift, die zwar den Anforderungen des § 11 des Pressegesetzes, auf den sie sich beruft, keineswegs entspricht, die wir aber dennoch zum Abdruck bringen wollen.

1. Die in Ihrem Bericht über die Verhandlungen des Preussischen Untersuchungsausschusses erwirkte Auffassung, daß Kutischer mir persönlich oder dienstlich bekannt gewesen sei, und daß ihm auf Grund dieser Bekanntschaft seine betrügerischen Manipulationen erleichtert worden seien, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

2. Richtig ist vielmehr, daß weder ich, noch mein damaliger Korps-Chef, noch mein damaliger Korps-Intendant, wie ich sofort festgestellt habe, den Namen Kutischer vor seinem Bekanntwerden durch den jetzigen Schmutzskandal jemals bemerkt haben.

Ob eine der mir unterstellten Verwaltungsbürokraten oder Formationen zur Sicherstellung der Verpflegung der Truppen neben anderen jüdischen Händlern, die sich sofort des Verpflegungsmittelhandels in Kurland und Litauen bemächtigt hatten und ihre Dienste anboten, auch des ihnen damals unbekanntem Kutischer in ihrer Not bedient haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Graf v. d. Golz, Generalmajor a. D., 1919 kommandierender General im Baltikum.

Der Herr General a. D. irrt. Ein solches Empfehlungsschreiben, das seine Unterschrift trug, hat tatsächlich dem Direktorium der Seehandlung vorgelegen, wie aus den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen Rühle und Hellwig hervorgeht. Wir sind aber gern bereit, das schlechte Gedächtnis des Herrn Generals aufzufrischen:

Entsinnet er sich nicht, daß in seinem Stabe beim Armeekorps-Ost ein deutscher Major Bansemmer als Artillerieinspektor tätig war?

Ist ihm nicht davon bekannt, daß dieser Major Bansemmer neben anderen führenden militärischen Persönlichkeiten seines Oberkommandos geschäftliche Beziehungen zu Kutischer unterhalten haben? Und zwar nicht nur Verpflegungsgeschäfte, sondern Transaktionen viel bedenklicherer Art? Sollte gerade er nichts davon wissen — was ja im ganzen Baltikum und sogar in Deutschland bekannt war —, daß die hohen militärischen Stellen seines Oberkommandos „in ihrer Not“ deutsches Kriegsmaterial, deutsches Heeresgut an Ort und Stelle verkauften, respektive verschleuderten, und daß Kutischer einer der Hauptabnehmer bei diesen Geschäften war? Vielleicht bemüht sich General a. D. v. d. Golz, der jetzt so vorlaut den Kampf gegen die Korruption führt, um den öffent-

lichen Nachweis, daß damals in seinem Oberkommando alles mit rechten Dingen zugegangen sei.

Ist Herrn v. d. Golz nicht bekannt, daß sein Major Bansemmer in die Dienste von Kutischer trat, in denen er etwa zwei Jahre verblieb? Will er behaupten, daß er ein Empfehlungsschreiben für Kutischer, das ihm ihr gemeinsamer Mitarbeiter Major Bansemmer vorgelegt hätte, nicht unterschrieben habe?

Herr von der Golz wird sich vielleicht darauf berufen, daß er nicht habe wissen können, welche spätere Verwendung und Folgen ein Schriftstück haben würde, das er wie Hunderte von anderen unterschrieben habe. Ganz recht! Dann fragen wir aber: Würde er und würde die ihm nahestehende Presse die gleiche plausible Entschuldigung gelten lassen, wenn sie von einer linksstehenden Persönlichkeit vorgebracht wäre?

Tatsächlich ist Kutischer vor seiner Ankunft in Deutschland und während seiner hiesigen Tätigkeit ausschließlich von rechtsstehenden, zum Teil militärischen Persönlichkeiten empfohlen und gefördert worden. Aber die Staatsanwaltschaft hatte sich in den Kopf gesetzt, ein „Ostjude“ könnte nur Beziehungen nach links unterhalten. Deshalb setzte sie bekanntlich ihre „Fliegerstaffel“ in Bewegung, um den Justizrat Werthauer festzunehmen und bei ihm eine Hausdurchsuchung abzuhalten. Sie hoffte „Material“ zu finden, durch das sozialdemokratische oder Zentrumspolitiker in Verbindung mit Kutischer gebracht werden könnten. Sie erlebte dabei einen furchtbaren Reinfall: das einzige, was sie fand und beschlagnahmte, war ein Aktenstück mit dem Namen Scheidemann. Aber dieses Aktenstück hatte natürlich mit Kutischer nichts zu tun, sondern bezog sich auf einen ganz anderen Prozeß, in dem Scheidemann als Kläger von Justizrat Werthauer vertreten war.

Eine zusammengebrochene Verleumdung.

Die „Börse-Zeitung“, die sich in der Blütezeit der Barmat-Hetze durch besondere Rührigkeit und Verlogenheit auszeichnete, hatte Anfang Februar auch gegen den sozialdemokratischen Regierungspräsidenten von Rerfburg, Dr. Gröhner, schwere, ehrenrührige Vorwürfe erhoben. Unter dem Druck einer Klage veröffentlichte sie jetzt eine demütigende Erklärung, in der sie alles mit Bedauern zurücknimmt.

Entlarvte Entlarver.

KPD. und Amnestie.

Vor einigen Tagen wandte sich eine Deputation von Frauen, deren Männer oder Söhne wegen politischer Vergehen zu Jugendhausstrafen verurteilt wurden, an die Redaktion des „Vorwärts“ mit der Bitte, ihre Bemühungen um eine Amnestie zu unterstützen. Das wurde selbstverständlich zugesagt, wie ja überhaupt die Sozialdemokratische Partei stets an der Spitze des Kampfes um die Amnestie gestanden hat. Es wurde aber kein Zweifel darüber gelassen, daß die Sozialdemokratische Partei ein Zusammengehen mit der von der KPD. zu Propagandazwecken ausgezogenen „Roten Hilfe“, von denen die Frauen nach ihren Aussagen Unterstützung beziehen, ablehnen müßte. Im Verlaufe der Unterredung wurde der Deputation nahegelegt, eine Resolution auszuarbeiten, in der unter Bezugnahme auf konkrete Fälle an die Menschlichkeit und an den geündeten Menschenverstand appelliert wird. Auf Grund dieser Resolution werde der „Vorwärts“ wahrscheinlich in der Lage sein, etwas zu unternehmen. Die Deputation versprach, dem Folge zu leisten und die Resolution noch am selben Tage in den Besitz des „Vorwärts“ gelangen zu lassen.

Die von der Deputation jugelagte Resolution ist dem „Vorwärts“ nicht zugegangen. Anstatt dessen wendet sich der Zentralkorrespondent der „Roten Hilfe“ nunmehr nach Ablauf mehrerer Tage an uns mit der Bitte, einen angeblich von der Frauendeputation stammenden Brief an die Fraktion des Reichstags zum Abdruck zu bringen, der den Stempel der üblichen kommunistischen trägt. Die Frauendeputation hat nach ihren Angaben am Sonntag Berlin verlassen. Sie hat mit dieser Aktion nichts zu tun. Es stellt sich damit heraus, daß die „Rote Hilfe“ als Zweigstelle der KPD.

die Frauendeputation lediglich vorgeschoben hatte, um sie im Rahmen ihrer „Entlarvungs“-Kampagne zu mißbrauchen. Die Entlarver haben sich diesmal selbst entlarvt. Sie beweisen wieder einmal, daß sie die politischen Gefangenen und deren Familienangehörige für ihre politischen Zwecke auszunutzen, ohne die ernste Absicht haben, ihnen zu helfen.

Der „Vorwärts“ lehnt es selbstverständlich ab, auf dieses Spiel einzugehen. Die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zur Frage der Amnestie ist bekannt. Sie wird es auch in Zukunft nicht daran fehlen lassen, für eine Amnestie derer zu kämpfen, die das Opfer kommunistischer Verhetzung und Verwirrung geworden sind. Sie warnen aber zu gleicher Zeit die Angehörigen dieser Opfer davor, sich weiter von der KPD. und ihren verkappten Propagandastellen irreführen und mißbrauchen zu lassen. Das kann dem Kampf um die Amnestie nur schaden.

Zu wenig entlarvt.

Eine kommunistische Inkonsequenz.

A und O der kommunistischen Taktik ist die „Entlarvung“ der Sozialdemokratie. Sie soll den Arbeitern als Partei der Reaktion aufgezeigt werden, die ebenso schlimm ist wie die Deutschnationalen. Wir geben zu, daß das eine schwere Aufgabe ist für Leute, die treue Bundesgenossen der Deutschnationalen in Preußen sind und der Reaktion bei der Wahl Hindenburgs Vorstoß geleistet haben. Aber sollte man es für möglich halten, daß sie dumm genug sind, um zu wenig zu entlarven?

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Entlarvungsartikel mit der Überschrift „Die Sozialdemokratie auf dem Wege zur Reaktion“. Auf dem Wege? Wir glaubten doch, wir wären schon bei der Reaktion, und Sozialdemokratie und Reaktion wäre eine Lunte. Nun sind wir plötzlich erst auf dem Wege zur Reaktion. Da stimmt etwas nicht in der Entlarvungslogik der Kommunisten. Entweder haben sie uns früher zu sehr entlarvt oder heute zu wenig — auf jeden Fall haben sie also ihren Schwindel entlarvt.

Einen guten Rat: wenn sie schwindeln wollen, müssen sie wenigstens konsequent schwindeln.

Ein Disziplinarverfahren.

Gegen den Attaché im Auswärtigen Amt, den Schwiegerjohn des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert, Dr. Jaenicke, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, weil er in das Fremdenbuch des Hotels Bogano auf Capri folgende Eintragung gemacht hatte: „In Ihrem gemüthlichen Hotel vergaßen wir, daß ein Hindenburg Präsident des Deutschen Reiches geworden ist.“ Dr. Jaenicke ist bis zur Erledigung des Disziplinarverfahrens vom Dienst suspendiert worden.

Es ist zweifellos ungehörig, wenn ein Beamter des Auswärtigen Amtes Vorgänge der inneren deutschen Politik zum Gegenstand von Eintragungen in ausländische Fremdenbücher macht. Und besonders vom Schwiegerjohn des verstorbenen Reichspräsidenten wäre mehr Zurückhaltung zu erwarten gewesen. Allerdings hat man bisher den gleichen Eifer vermißt, wo es galt, rechtsgerichtete Beamte, die sich aus politischer Leidenschaft Verstöße gegen den Takt und den Geschmack zuschulden kommen ließen, in ihre Schranken zurückzuweisen.

Ueber den Ausgang des Disziplinarverfahrens werden wir berichten.

Schaustellung von Hinrichtungen.

In Sofia.

Sofia, 27. Mai. (WIB.) In dem Prozeß wegen Begünstigung der kommunistischen Verschwörer verurteilte das Kriegsgericht Vertschemlieff, Eger und Frau Nicolova zum Tode. Frau Eger wurde unter Jubilation mildernden Umstände zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt. Der Angeklagte Mallet erhielt 1½ Jahre Gefängnis. Die Hinrichtung der vom Könige nicht begnadigten Kirchenattentäter Friedmann, Koeji und Jadjoriski wird morgen öffentlich erfolgen.

Der Maschinenmensch wird geölt.

Von John Laffen, New York.

Die Agentur der großen Schreibmaschinen-Firma befindet sich auf dem Broadway. Ein großes, geräumiges Geschäftslokal. Mit vielen, vielen Angestellten. Die Mädchen sitzen an den Maschinen. Für das ungeliebte europäische Auge bewegen sich die Finger mit schwindelerregender Geschwindigkeit. In dem ganzen geräumigen Saal sprechen die an den Maschinen sitzenden Mädchen kein Wort. Die Gruppenführer erteilen in hastigem Tempo die Anordnungen. Ich kam wegen einer Reklamation und wurde von der Leiterin des „information desk“ (Auskunftsschalter) an einen grauhaarigen Mann gewiesen. Dieser sprach zu mir in einem scharf um Berührung bittenden Ton:

„Ich kann mit Ihnen erst in zehn Minuten verhandeln, muß jetzt die „Gymnastik“ leiten.“

Ich mochte ihn, da ich nicht begriff, was er unter „Gymnastik“ verstand, mit etwas blöden Augen angelesen haben, denn er begann mir, für keinen Augenblick die Augen von der Uhr wendend, hastig zu erklären: „Wissen Sie, das ist notwendig. Auch Sie tun es. Tun es sicherlich.“ — und er machte mit den Händen kleine Bewegungen, denen ich entnahm, daß er mich für einen trainierten Boxer halte.

Inzwischen schauten die Mädchen zu arbeiten aufgehört. Sie eilten mit stinken, gleichsam tanzenden Bewegungen in einem dem Geschäftslokal benachbarten Raum. Sie stellten sich in vier Reihen auf. Nachten ungefähr siebzig an der Zahl sein. Der grauhaarige Mann eilte zu ihnen. Ein Grammophon begann zu spielen, und die Mädchen bückten sich zu dem Rhythmus nach rechts und links. Sie hoben die Beine, hoben die Arme. Nachten militärische Übungen. Das Grammophon gab in der Form von Jazzmusik den Takt an.

Während der Turnübungen waren die Mädchen bestrahlt. unmittelbar hinter den „Bordemann“ zu gelangen, aber nicht nur deshalb, damit die „Deckung“ tadellos sei, sondern um mit der Nachbarin flüchtig einige Worte zu wechseln.

Als die Grammophonplatte die Jazzmelodie abgespielt hatte, folgte eine Minute Pause. Nun setzte abermals halbblaues Reden ein, mußte aber in der Mitte abgebrochen werden, denn das Grammophon begann von neuem zu spielen, und die Körperübungen mußten fortgesetzt werden. — Trarara... Alles im Takt des Jazz.

Arm schwingt. Körper streckt sich. Kreuz biegt sich. Nach rechts, nach links. Der ganze Körper wird bewegt. Im Takt. Die Gesichter färben sich rot.

Zehn Minuten sind vorbei. Die Übung ist beendet. Die Mädchen gehen an die Schreibmaschinen zurück. Die Arbeit wird fortgesetzt. Niemand spricht. Nur die Schreibmaschinen klappern. Der grauhaarige Mann kommt zu mir zurück. Er ist äußerst zufrieden. „Sehen Sie, wir haben entdeckt, wie man die Arbeit

intensiver gestalten kann. Es ist wohl wahr, daß am Vormittag und am Nachmittag zehn Minuten von der Arbeitszeit verloren gehen, doch wird dies dadurch eingedraht, daß wir vollkommene Arbeitsdisziplin zu halten vermögen. Nach den Übungen gibt es keine Unterhaltungen oder Pausen mehr. Wir fordern von jedem einzelnen, daß die volle Arbeitszeit ausgenutzt werde. Und dies geschieht auch. Maschinen müssen geölt werden. Und auch die Menschen müssen geölt werden.“ — Er reibt sich vergnügt die Hände. Scheint mit seiner Methode äußerst zufrieden zu sein.

Die Maschinenmenschen aber sitzen wieder über die Schreibmaschinen gebeugt. Ihre stinken Finger fliegen mit schwindelerregender Geschwindigkeit über die Tasten, im eintönigen Rhythmus der Arbeit. Es gibt keine Unterbrechung; kein Wort, keine Silbe wird gesprochen. Die geölte Maschinenmenschen funktionieren genau.

Wie schützt man sich bei Gewittern? Wenn es so weiter geht, werden wir ein sehr gewitterreiches Jahr haben, denn schon jetzt hat es an Unwettern nicht gefehlt, die verheerende Opfer gefordert haben. Manche dieser Unwetterfälle lassen sich vermeiden, wenn das Publikum mehr darüber wüßte, wie man sich bei Gewittern schützt. Zunächst einmal ist ein Blitzableiter eine sehr segensreiche Einrichtung, die an keinem Hause fehlen sollte. Die großen öffentlichen Bauten, die Rathhäuser und Rathhäuser, die wohl durchweg mit Blitzableitern ausgestattet sind, werden lebenslang durch Gewitter fast nie beschädigt, was wohl dieser Schutzmaßnahme zuzuschreiben ist. Auch die Volkenträger von New York und Chicago, die mit großen Blitzableitungsanlagen ausgestattet sind, haben noch niemals ernstlichen Schaden gelitten. Im Hause selbst gibt es einige Plätze, die bei Gewittern besonders gefährlich sind. Dazu gehören die Schlafzimmer unter dem Dach, denn der Blitz fährt häufig in den Schornstein, und wenn dessen Steine durch das Dach hindurchgeschleudert werden, können sie Leute töten, die in solchen Dachkammern im Bett liegen. Auch die Küche ist nicht ganz ungefährlich, da sie viele metallene Gegenstände enthält. Deswegen aber braucht man nun nicht gleich Angst zu haben, während eines Gewitters beim Essen Messer und Gabeln in die Hand zu nehmen, weil ihr Metall den Blitz anziehen könnte. Im Freien ist bekanntlich das Gefährlichste, wenn man sich unter Bäume stellt. Duzende von Tieren, besonders Kühe, werden auf diese Weise jedes Jahr getötet. Ebenso muß man vermeiden, sich bei einem Gewitter in der Nähe eines Drahtzaunes aufzuhalten. In den großen Weideregionen des amerikanischen Westens, von Argentinien und Australien werden dadurch große Verluste an Vieh hervorgerufen, da sich die anstehenden Tiere an den Drahtzäunen aufschließen, die den Blitz anziehen. Scheunen und Heuschuber werden auch öfters getroffen. Man behauptet, daß noch kein Kraftwagen, kein Eisenbahnzug und kein Radfahrer in der Bewegung vom Blitz getroffen worden sind.

Der neue Mann des Deutschen Opernhaus. Jeden Tag „erleidet“ eine andere Berliner Zeitung, daß Bruno Walter als musikalischer Leiter des Deutschen Opernhaus engagiert ist. Es wird auch kein Preis: 100.000 Mk. im Jahr genannt. Obgleich wird leider nichts bekanntgegeben, so daß man nicht weiß, ob Stimmungsmache oder Tatsache vorliegt.

Zum Tode von Jan Sturja. Der auch in Deutschland wohlbekannte Führer der tschechischen Kunstschöpfung, der Bildhauer Jan Sturja, ist jetzt vor der Zeit gestorben; aus Furcht vor einer unheilbaren Krankheit ist er freiwillig aus dem Leben gegangen. Die Museen von München, Wien und Venedig, vor allem aber die Sammlungen von Prag bewahren schöne Werke dieses Künstlers, der ein Bauernsohn aus Mähren war, auf der Prager Hochschule bei Ryssbeck studierte, aber niemals die weiche Anmut, das Naturgefühl seiner mährischen Heimat aufgegeben hat. Seine gefühlsbewegten Kiste, seine igrischen Mädchenfiguren erwarben sich auf den internationalen Ausstellungen früh Geltung. Vor dem Kriege war Sturja ein regelmäßiger Gast auch auf den deutschen Ausstellungen, wo man seine plastische Begabung, sein musikalisches Talent zu schätzen mußte. In seiner Heimat, die ihm alle künstlerischen Ehren zuerkannte, war er Lehrer für Bildhauerei an der Prager Akademie und im Jahre 1923/24 hat er als Rektor an der Spitze dieser Hochschule gestanden.

Die Gedenkfeier für die Defabrikanten in Ruhland. Im Dezember ds. Js. vollenden sich 100 Jahre seit dem Zustand der Defabrikanten gegen den Zaren Nikolai I. Obgleich dieser Zustand die Folge einer Verschönerung von Aristokraten und Gardeoffizieren war, die mit den Tendenzen des heutigen Bolschewismus nichts gemein hatten, so will die Sowjetregierung dennoch diesen Versuch zu einer Revolution als das Vorbild zu allen weiteren Umsturzversuchen feiern. Das Revolutionsmuseum in Moskau hat einen Aufruf erlassen, durch den es alle Besitzer von alten Bildern, Dokumenten, Briefen, Gegenständen usw., die sich auf die Zeit der Defabrikanten beziehen, auffordert, diese Gegenstände dem Museum zu einer großen Ausstellung zeitweilig zu überlassen. Außerdem sind die russischen Maler aufgefordert worden, bis zum Dezember eine Reihe historischer Gemälde fertigzustellen, die sowohl Szenen aus dem Zustande wie auch Darstellungen der furchtbaren Strafen zum Thema haben sollen, die dem Mihilgen der Revolte folgten.

Das Karussell der Mode. Ein tonangebendes Pariser Modeatelier hat soeben ein großes Jahrmartistkarussell mit den obligaten Holzperlen und einer mit Dampf betriebenen Drehorgel angekauft, aber nicht etwa, um den Kunden des Hauses Gelegenheit zu geben, sich die langweilige Wartezeit durch Karussellfahren zu kürzen. Nein, das war nicht der Zweck der Übung. Man hat vielmehr die Pferde abmontiert, und an ihrer Stelle drehen sich jetzt bei den lustigen Weisen der Drehorgel hübsche Mannequins im Kreise und mit ihnen die neuesten Modenschöpfungen des Hauses, die auf diese Weise der Kunstschöpfung vorgeführt werden. Bei diesem dem Jahrmartistleben entlehnten Reffometria dürfte sich den schönen Kundinnen der Kopf wohl nicht minder drehen wie den im Kreis herumgewirbelten Mannequins!

Draufschier-Berichtigung. Von den Draufschierern im gelbigen Artikel „Deutsche, italienische Oper“ seien die drei wesentlichen berichtigt: Dr. Haut ist nicht von Rimini, sondern „Sulmona“. Das die Barberi-Maffioli nichts „taugt“, sollte nicht erlag sein, sondern daß sie nicht lang, sie schreibt fast. Schließlich war nicht die „Parole“, sondern die Verle der Barberi-Quartiere behutlich hingelagt.

Vorträge. Im Seminar der Universität spricht am Freitag um 6 Uhr nachm. Prof. Agnes Smedley über „India and the world“.

Ein Ritter der Verdrehungskunst.

Der Schutzzöllner der Hauptlandwirtschaftskammer.

Kürzlich hatten wir Veranlassung, uns mit dem eifrigsten „wissenschaftlichen“ Vorkämpfer der Agrarzölle, Herrn Dr. Kurt Ritter zu beschäftigen, der in seinem Hauptberuf hochbezahlter Dezernent der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer ist, in der Dessenlichkeit aber bescheiden als Privatdozent auftritt. Besagter Herr Ritter hat in seinen Auffassungen über die Zweckmäßigkeit der Schutzzölle eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit gezeigt. Als wir ihm das nachwies, hat er in einer entrüsteten Polemik den Vorwurf zu entkräften gesucht. Sein Artikel, der in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienen ist, vertritt sich sogar zu der Behauptung, daß einige seiner Gegner die wichtigsten seiner Argumente anerkannt hätten! Damit hat er nun seiner Sache einen schlechten Dienst erwiesen. Einer der von ihm genannten „bekehrten“ Gegner, Herr Hans Hirschstein, bekannt als durchaus objektiver Wirtschaftskritiker und als Kenner des Getreidemarktes, sah sich daraufhin veranlaßt, der „Deutschen Tageszeitung“ die nachfolgende Richtigstellung zuzufügen:

Herr Dr. Ritter erklärt in seinem Aufsatz, „Die Agrarier und ihr Verteidiger“ („Deutsche Tageszeitung“ Nr. 241 III. Beiblatt), ich hätte bisher seine Ausführungen über die Getreideversorgung der Welt für unrichtig gehalten, nun aber in der Besprechung seines letzten Buches zugegeben, daß es ihm gelungen sei, die Richtigkeit seiner Ansicht überzeugend nachzuweisen.“ Der einzige Satz, auf den sich Dr. Ritter beziehen kann, lautet wie folgt: „Der Beweis, daß das Getreideangebot auf dem Weltmarkt jetzt etwa wieder Vorkriegshöhe hat, ist als geglückt zu bezeichnen“ und schon der oberflächlichste Vergleich der beiden Ausführungen miteinander zeigt, daß Herr Dr. Ritter meine Ansicht falsch wiedergegeben hat. Ganz abgesehen davon, daß dem ganzen Sinne der erwähnten Stelle nach dort nur von Brotgetreide, nicht von Getreide im allgemeinen die Rede sein kann (was allerdings im Hinblick auf unabsichtliche oder absichtliche Mißverständnisse vielleicht noch besonders hätte ausgesprochen werden können), ist ein geradezu grundlegender Unterschied zwischen den Begriffen der „Getreideversorgung der Welt“ (Ritter) auf der einen und des „Getreideangebots auf dem Weltmarkt“ (Hirschstein) auf der anderen Seite.

Das ist es ja gerade, was ich Dr. Ritter zum Vorwurf mache, daß er die Dinge so darstellt, als ob bei der Gewichtsgleichheit der Mengen von Brotgetreide, die in den letzten Jahren vor und in den letzten Jahren nach dem Krieg in den zwischenstaatlichen Handel kamen, auch die Gleichheit der Versorgung der Zuschußgebiete erweise. Ich glaube u. a. in meiner Arbeit im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ den schlüssigen Nachweis geführt zu haben, daß die sämtlichen anderen Voraussetzungen für die Weltversorgung, vor allem die Nachfrage der Zuschußgebiete und der Bevölkerungsstand der Welt sich seit den letzten Vorkriegsjahren entscheidend verändert haben, daß somit das Gleichgewicht einer der Voraussetzungen — noch dazu einer der minder wichtigen —, nicht ausreicht, um die Schlüsse zu rechtfertigen, die Herr Dr. Ritter zieht. Von einer gleichgebliebenen oder gar besseren Weltversorgung könnte doch nur dann die Rede sein, wenn die im zwischenstaatlichen Handel bewegten Mengen entsprechend den gestiegenen Bevölkerungsfiguren und entsprechend der gesunkenen einheimischen Versorgung der Zuschußgebiete — also ziemlich stark — zugenommen hätten. Es war mir eine Genugtuung, aus dem letzten Vortrag von Geheimrat Sering in der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft zu entnehmen, daß Sering sowohl wie Prof. Harms, Kiel, auf ganz anderen Wegen als ich zu dem gleichen Ergebnis gekommen sind, zu dem nämlich, daß die Weltversorgung heute schlechter und unsicherer ist, als vor dem Krieg; übrigens haben Sering sowohl wie Prof. Kuhagen bei anderen Gelegenheiten schon darauf hingewiesen, daß die Weltversorgung mit Nahrungsmitteln, insbesondere mit Brotgetreide, bereits seit etwa der Jahrhundertwende begonnen habe, sich zu verschlechtern.

Ganz entschieden möchte ich mich gegen die Behauptung des Herrn Dr. Ritter verwahren, ich hätte ihm die Richtigkeit seiner zahlenmäßigen Aufstellungen beschweigen wollen. Das Gegenteil ist der Fall. Die ganze zweite Hälfte meiner Besprechung seines Buches ist dem Nachweis gewidmet, wie willkürlich er z. B. an bestimmten, von mir angezogenen Stellen mit Ziffern umsprungen ist, daß überdies in einer ganzen Anzahl von Fällen die von ihm selbst gegebenen Ziffern einander widersprechen.

Mit anderen Worten, der „Agrarwissenschaftler“ Ritter hat nicht einmal verstanden, was sein Gegner über ihn sagte! Zum Selbstlob neigend, hat der Tadel und Abwehr der anderen als Anerkennung seiner wissenschaftlichen Gründlichkeit ausgelegt. Mehr kann man freilich von seinem kritisch geschulten Verstand nicht gut erwarten.

Auf ähnlicher Höhe steht es, wenn Herr Ritter sogar das Urteil Prof. Sering's zu seinen Gunsten in Anspruch nimmt. In seinem letzten Vortrag vor der Weltwirtschaftlichen Gesellschaft hat dieser Gelehrte landwirtschaftliche Zölle lediglich als Berechtigungszölle für den Fall der unter den jetzigen Umständen immer möglichen, kurzfristigen Preiskrisen und als Ausgleich für die innerpolitische Belastung mit Umfahsteuern u. ä. bedingungsweise empfohlen. Darüber, ob die Voraussetzungen für echte Agrarzölle jetzt bestehen, war Sering nach dem Eindruck wohl aller Hörer durchaus nicht der Meinung, die ihm Dr. Ritter in einer Klammer zuschreibt. Entscheidend dürfte hier die verschiedenartige Auslegung des Begriffes „dauernd“ im Hinblick auf die Getreidezölle sei. Die Fristen, an die Sering dachte, waren nämlich einzelne abnorme Erntejahre oder Teile davon; daß aber Ritter mit ebenso kurzen Fristen rechnet, wird er wohl selbst nicht behaupten wollen. Oder doch?

Nach solchen Verdrehungskünsten, wie sie Herr Dr. Ritter sich bisher leistete, ist ja alles möglich — aber nicht im Namen der Wissenschaft, die der Dezernent der Hauptlandwirtschaftskammer zu vertreten vorgibt.

Bayern gegen Reichstag.

Der Beschluß über die Volksgerichte hat „keine praktische Bedeutung“.

München, 27. Mai. (M.B.) Die bayerische Regierung hat noch keinen Beschluß darüber gefaßt, ob sie von ihrem Einspruchsrecht beim Reichsrat gegenüber der vom Reichstag beschlossenen Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens in Bezug auf die bayerischen Volksgerichts-urteile Gebrauch machen solle. Im übrigen wird in bayerischen Regierungskreisen dem betreffenden Reichstagsbeschluß keine praktische Bedeutung beigemessen. Auf keinen Fall stütze dieser Beschluß nach Ansicht hiesiger Zuständiger Stellen eine innerpolitische Belastung in den Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich dar.

In der Theater-Kantine.

Es gab eine Zeit, sie liegt nicht sehr fern zurück, da drückte man sich allenthalben in deutschen Residenzstädten mit einem gewissen Ehrfürcht, ja Angstgefühl in den schönen Wandelgängen herum, über deren Eingang das Wort „Königliches Theater“ stand — nicht etwa, weil dieses Wort so ehrfürchtigbedeutend war, daran war man gewöhnt, und es gab ja auch königliche Behörden und königliche Irrenanstalten.

Nein, es hatte andere Gründe: ein Theaterbesuch wurde oft so unbehaglich wie ein harmloser Nachmittagspaziergang unter den Linden: man wußte nie, ob „Er“ erschiene, und dann ward das arglose Publikum von einem Ueberausgebot an Beamten bespielt und beschmüßelt und von der Freude an der Kunstdarbietung abgelenkt. Es war damals anders in den Theatern als heute: „oben“ stand eine Egzellenz und ließ im kleinen einen Hofstaat spielen, der Künstler galt nach seinem Kammer- und Hofstiel, und der Theaterarbeiter war nichts als ein arbeitsiger Lohnknecht, der sich in dieser Luft recht gedrückt fühlte und scheu an all den „hohen“ Herren vorüberstrich. Das ist heute anders, ganz anders geworden: Staatstheater wollen nichts als Kunst stützen sein, an ihrer Spitze stehen Männer, und die Leistung des Bühnenarbeiters wird wie die des besten Künstlers als vollwertige Erfüllung von Staatsbürgerpflicht betrachtet. Gehen wir einmal in eine dieser aus Hofbanden gelösten Volkstheaterstätten, suchen wir dort ihre Hüter und Helfer auf, wo sie sich am wenigsten gezwungen geben können, wo sie nichts als geübte Menschen sind: tief unten im Keller, im kleinen Gastwirtsraum der Kantine. Man erlangt als Außenstehender nicht leicht Zutritt, aber wenn man einmal unten war, nimmt man freundliche Bilder mit nach Hause, die sogar zu ernsterem Nachdenken anregen können. Man muß sich nur die Mühe geben, auch überall dem kräftigeren, gesunderen Pulschlag einer neuen Zeit nachzufühlen. Da sitzen in den Probe- und Vorstellungspausen die Darsteller unter Beamten, Schneidern, Beleuchtungs-„Kulissenchiebern“ und fühlen sich alle zusammengehörig und plaudern alle miteinander in herzlichem Ton. Es ist eine Gemeinschaft geworden, die das ganze Haus umfaßt, nichts ist übrig geblieben vom Klassen- und Kastengeist, und die Einrichtung des Betriebsrats, der eine ernsthafte Sache ist und auch etwas zu sagen hat, gibt im Verein mit der straffen Organisation der Bühnengemeinschaft dieser Gemeinschaft das Gepräge einer kleinen Sonderrepublik. Und wenn man auch vom harten technischen Bühnenwert oder vom kunstvollen Sprechen eine trodene Kehle hat, die die freundliche Vermächterin vollaus beschäftigt, dann läßt man es sich gleichwohl nicht verderben, politische Meinungen auszutauschen. Am meisten geschah das, als der frühere Reichspräsident von der Treppe aus die Ehrung des Fackelzuges entgegengenommen hatte. Er hatte sich dabei alle Herzen gewonnen und sich ganz besonders den Arbeiter u. des Hauses zugewendet, die es sich nicht nehmen ließen, einigen noch schwankenden Kollegen den Unterschied von einst und jetzt vorzureden.

Heute ist der Präsident tot, und es wagt der Komps um die Nachfolge. Wird im Rotgewand der Republik alle häßliche Gesinnung wieder Einzug halten, um harmlose Spaziergänger und Theaterbesucher zu belästigen — werden einer Egzellenz an der Spitze des Reiches die Theaterregalenzen folgen, um unbewußt einschlämmernden Hoftheatergeist aus der Verkennung zu befehlen?

Es sind ernste Gedanken, mit denen man sich in Wandelgängen und im Diskutterkreis der Kantine beschäftigt. Aber denen gibt man sich auch anderswo hin — und man hat wahrhaftig alle Ursache dazu.

Zwei große Einbrüche.

Durch Oberlicht und Eisentüren.

Eine unangenehme Ueberrolung erlebte die Rentnerin Frau Frankel aus der Augsburger Str. 38, als sie jetzt von einer Reise zurückkehrte. Sie fand ihre Wohnung erbrochen, alles durchwühlt und einen großen Teil wertvoller Pelze und Schmucksachen gestohlen. Die vorfichtige Frau hatte die Wohnungstür im Erdgeschoss mit Eisenblech und Eisenschienen von innen stark gesichert aber nicht daran gedacht, daß Einbrecher auch durch das kleine ovale Oberlichtfensterchen über der Tür sich Zugang verschaffen könnten. Gerade diesen Weg aber hatten die Verbrecher gewählt und dann die Tür von innen aufgeschlossen. Nach den bisherigen Feststellungen sies ihnen für mindestens 30000 M. Sachen in die Hände, es können aber noch erheblich mehr sein. Für die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Gatzow, Dienststelle B. 1. im Polizeipräsidium.

Ungewöhnlich dreist arbeitete in der vergangenen Nacht eine Kolonne aus dem Grundstück Segelstr. 21. Sie knoberte hier zwei eiserne Türen auf, schnitt von einer anderen zwei schwere Bohrhängeschloßer ab, erbrach die Tür und drang dann durch eine Rabigwand in den Lagerraum des Seidengeschäfts von Jacobowitz im 2. Stock des Duergebäudes. Die Bande war mit dieser schweren Arbeit erst um 7½ Uhr morgens fertig. Zu dieser Zeit arbeitete schon ein Maler auf dem Hausflur. Auf ihn riefen die Verbrecher, als sie mit einem Handwagen die Beute an seidenen Westen, Schläfchern, Kunstseide usw. wegshafften. Einer rief dem Maler zu: „Mach mal Platz!“ Der Maler glaubte es mit Arbeitern eines Geschäfts zu tun haben, nahm seine Leiter weg und ließ die Beute vorbei. Sie fuhren mit dem Handwagen in der Richtung nach der Alten Jakobstraße zu. Erst als um 8 Uhr die Angestellten des bestohlenen Geschäfts kamen, und den Einbruch entdeckten, erkannte der Maler seinen Irrtum. Auf die Wiederbeschaffung der Beutestücke ist eine Belohnung von 15 Prozent des Wertes ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Brachwitz, Dienststelle B. 1. 5 im Polizeipräsidium.

317 Kinos in Berlin.

Die Zahl der Berliner Kinos beträgt zurzeit 317 Theater mit 124 000 Plätzen. Alt-Berlin (6 Mittelbezirke) hat 152 Theater, Charlottenburg 37, Lichtenberg W, Neutölln 17, Schöneberg 16, Steglitz 12, Wilmersdorf 11, Treptow, Reinickendorf, Copenick je 7, Weißensee 6, Spandau und Tempelhof je 5, Pantow 4, Zehlendorf 1. Im Bau sind 13 Kienkinos mit 121 000 Plätzen, davon allein 9 im Westen (4 davon am Zoo). Die wirtschaftliche Frage der Kinos ist zurzeit zufriedenstellend, die neue Konkurrenz wird sich erst im nächsten Winter fühlbar machen.

Fragswürdige Rechtsauskunft.

Die Aussetzung durch sogenannte Winkelkonsulenten steht, so schreibt uns der Zentralverband der Arbeitslosen, immer noch in voller Blüte. Fortgesetzt werden dem Verband Fälle gemeldet, in denen solche Rechtsvertreter für einfache Schriftsätze erhebliche Beiträge, teilweise bis zu 70 Mark, verlangen und erhalten, ohne daß sie die erforderliche Sachkenntnis haben. Ein Fall wogte das Unfassbare, sich an Unkundige zu wenden, dazum. Der betreffende Rechtsvertreter ließ sich einen beträchtlichen Vorbehalt zahlen und versprach, dafür zu sorgen, daß dem Klienten seine Ansprüche aus einer Lebensversicherung sofort in voller Höhe aufgemerkt würden. Auch bei Vertretungen, Berufungen usw. vor Versicherungsämtern und Berufsgenossenschaften werden von derartigen Personen manchmal Fehler gemacht, die für den Klienten nachteilige Folgen haben. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß für gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer die in Frage kommenden Gewerkschaften kostenlos solche Vertretungen übernehmen. Das tut auch der Zentralverband der Arbeitslosen, der in

seiner Berliner Geschäftsstelle für Invaliden, Witwen und Unfallrentner alle Vertretungen und Beratungen in Rentenangelegenheiten kostenlos übernimmt. Da auch öffentliche Rechtsauskunftsstellen unterhalten werden, so ist es sinnlos, Geld für fragwürdige Rechtsauskunft wegzuworfen. Die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Arbeitslosen befindet sich in Berlin, Stubbenammerstr. 6. Auch schriftliche Anfragen werden beantwortet.

Ein Verkehrsunfall.

Kürzlich kam es am Halleschen Tor zu einer Verkehrsunfallung, die von Minute zu Minute lärmendere Dimensionen annahm. Die Straßenbahnen standen in langer Reihe. Die Schaffner klingelten ungeduldig. Die Perrongäste traten sich necdös auf die Hühneraugen, ohne sich zu entschuldigen. Autos standen schnaubend still. Fuhrleute hielten stehend ihre Pferde. Das müßig herumspazierende Straßenpublikum stellte die Kompartier. Polizei war in genügender Stärke und gummitrappelbereit zur Stelle. Was war geschehen? Etwas, was alle Tage vorkommt und doch immer wieder gleichermaßen peinlich ist. Ein Gaul lag gestürzt, breit auf dem Strahendam. Um ihn bemühten sich Kutscher, Postkisten, Hilfsbereite Straßenpassanten. . . . Erst gab man ihm, der alle Tiere unter kärglichem Winkeln von sich stredte, sehr freundliche, sehr höfliche Worte. . . . Dann wurde man um einige Nuancen deutlicher. Schließlich überzeugte die Peitsche. Aber — sie überzeugte nicht. Währenddes vergrößerte sich der unendliche Kreis der Wartenden. Die Straßenbahnwagen standen zu Duzenden, das Hallesche Tor gleich einer Autogarage. Nach geraumer Zeit hatte man den mit Inbrunst Wiehernden auf den Beinen. Die Rüstern weiteten sich und ein boshaftes Lächeln flog zu den Autowehren, den Wagenseltern, den schweigenden und schimpfenden Fuhrwerkern. „Mein Bert . . .“ dann ging es im Jubel zuckeltrab weiter. Oben thronte, ein wenig außer Atem und mit Schweißtropfen behaupt, der grauhaarige Droschkenfutcher. —

Das Münchener Deutsche Museum in der Urania.

Ueber die Einweihung des Deutschen Museums in München hielt Prof. Gaerte in der „Urania“ einen Lichtbildervortrag. Sehr interessant waren die Flugzeug-Aufnahmen der Städte, die auf der Fahrt nach München überflogen worden waren. Infolge der sehr kurz bemessenen Zeit konnte der Vortragende in nur großen Umrissen von den Einweihungsfeierlichkeiten berichten. Gut gelangene Bilder gaben einige Beispiele aus dem Festzug und dann im zweiten Teil des Abends Bilder aus dem Innern des Museums. Wenn man sich die Größe dieses in 22jähriger oft unterbrochener Bautätigkeit errichteten Museums vor Augen führen will, stelle man sich einen Weg von 14 Kilometer Länge gleich 3¼ Stunden Zeitdauer vor, den man gehen muß, ohne auch nur einen Gegenstand zu besichtigen. In einem Tage wäre es also unmöglich, die 70 000 Werke, die das Museum birgt, in Augenschein zu nehmen. Von der Reichhaltigkeit und Vielfältigkeit gaben Modelle aus der Chemie, Physik, Technik, Uchemie, Geologie, Verkehrs- und Luftfahrwesen usw. reichen Aufschluß. Sämtliche Apparate und Maschinen können in Bewegung gesetzt und dem Besucher anschaulich vorgeführt werden. Für den kommenden Winter wird für die „Urania“ ein Vortragszyklus vorbereitet, der in bestimmter Reihenfolge den Bienen, denen es nicht vergönnt ist, das Museum an Ort und Stelle zu besichtigen, die Modelle und Werke des größten deutschen Museums — der Naturwissenschaft und Technik gewidmet — vor Augen führen wird.

Die Hauptausgabe für den Bezug von Monatskarten und -marken zum Monatswechsel wird, wie die Berliner Straßenbahn-Betr.-G. m. b. H. bekanntgibt, vom Donnerstag, den 28. Mai, bis einschließlich Freitag, den 5. Juni d. J., nach dem Leipziger Platz 14 zurückverlegt. Die Abfertigungszeiten sind wochentags von 9—4 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr, am vorletzten und letzten, ersten und zweiten Werttage im Monat von 8—6 Uhr. Vom 6. Juni ab erfolgt die Abfertigung wieder auf dem Straßenbahnhof in der Urbanstr. 167, Ecke Geibelstraße. Das Fundbüro verbleibt dagegen bis auf weiteres nach wie vor auf dem Straßenbahnhof in der Urbanstraße und ist geöffnet wochentags von 10 bis 3 Uhr, Sonnabends von 10—1 Uhr.

Wegen eines drohenden Hauseinsturzes wurde die Feuerwehr nach der Hönower Str. 49 in Mahlsdorf alarmiert. Hier war eine Mauer des Hauses in 10 Meter Breite und 4 Meter Höhe eingestürzt, ohne Personen zu verletzen. Die Feuerwehr stützte die Wände und steifte einige Teile ab.

Pfingsttreffen von Sozialbeamtinnen. Die Berliner Teilnehmerinnen treffen sich am Donnerstag, den 28. Mai, abends von 10½ Uhr an im Bartelsplatz 3. Klasse. Wer nach 11½ Uhr kommt, muß sich eine Bahnsteigkarte lösen und sich am Zug 11:56 Hamm-Dortmund-Köln (Beschleunigter Personenzug) 4. Klasse umziehen.

Noch immer keine Nachricht von Amundsen.

Nach einem Telegramm des Kapitäns der „Farn“ an die „Central News“ nähert sich, wie aus Paris gemeldet wird, das Schiff „Farn“ jetzt der äußersten Grenze des Polareises. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden nunmehr Amundsen und seine Gefährten mit dem Schiff an der verabschiedeten Stelle zusammentreffen. Die Witterungsverhältnisse am Nordpol waren am Montag und Dienstag günstig. Das atlantische Tief, das von Sibirien und Rußland angezogen war, wanderte nicht nach Norden, sondern nach Osten. Die Sichtverhältnisse am Pol selbst sind nach wie vor gut. Eine TL-Meldung aus Oslo besagt: Die Luft ist jetzt so klar, daß Amundsen nach Spitzbergen zurückfinden und dort landen könnte. Die übrigen Expeditionsmitglieder hoffen, daß die Besserung im Wetter Amundsen morgen zurückführen wird. Trifft er morgen nicht ein, wird die norwegische Regierung die amerikanischen und englischen Angebote, Hülfsexpeditionen abgehen zu lassen, annehmen.

Eine Vergnügungsfahrt des Fleitner-Rotor Schiffes. Das Fleitner-Rotor Schiff läuft am Freitag den Stettiner Hafen an und wird, wie die Stettiner Dampferkompanie mitteilt, zu Pfingsten von Stettin aus eine Vergnügungsfahrt nach der Insel Rügen unternehmen.

Sport.

Weiß siegt im „Großen Preis von Berlin“.

Nachdem am Sonntag die Rennen auf der Treptower Bahn wegen Regenwetter abgebrochen werden mußten, ging gestern vor einem zahlreich erschienenen Publikum die Fortsetzung vor sich. Erwähnt sei, daß am Sonntag im 1. Lauf des Races Kütt-Spears, ein Walfahren, 3 Kunden, Spears siegte. Das 30-Runden-Punktfahren holte sich Häuhler in 13 Min. 19 Sek. (11 Punkte). Der erste Lauf über 50 Kilometer des Dauerrennens um den „Großen Preis von Berlin“ mußte, da der Regen einsetzte, bei 20 Kilometern abgebrochen werden, und zwar bei folgendem Stande: 1. Sawall 19 Min. 30.2 Sek., 2. Weiß 180.3, Gaffney 220.4, Lemanow 580.5, Saldow 1700 Meter zurück. Am Dienstag abend wurde nun zunächst der Rest des ersten Laufs, also 30 Kilometer, ausgefahren. Sawall ging als erster durchs Ziel vor Weiß, Lemanow und Saldow. Gaffney litt unter Reifenschaden. Es folgten die beiden Läufe des Races Kütt-Spears. Kütt siegte im Verfolgungrennen und holte sich im Punktfahren 8 Punkte vor Spears (7 Punkte). Ergebnis: Kütt 11, Spears 10 Punkte. Der zweite Lauf des „Großen Preises von Berlin“, ebenfalls über 50 Kilometer, zeigte oft gute Momente. Leider gab Saldow im Verlauf des Rennens auf. Lemanow gewann diesen Lauf in 49 Min. 42.3 Sek. vor Weiß, Gaffney und Sawall. Das Gesamtergebnis brachte den Sieg von Weiß (98 765) vor Lemanow (99 310), Sawall (98 970), Gaffney (96 920) Kilometer gefahren.

Selbstverwaltung der Nachweise.

Zur Arbeitsnachweistagung in Düsseldorf.

Am 27. und 28. Mai findet in Düsseldorf eine allgemeine deutsche Arbeitsnachweistagung statt. Einberufen ist das Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Teilnehmer sind die Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, und Vertreter des Reiches, der Länder und der Kommunen. Zur Erörterung stehen die beiden Grundfragen der Arbeitsvermittlung: Aufgaben und Wege einer systematischen Arbeitsmarktpolitik und das Verwaltungsprinzip im Arbeitsnachweis. Wissenschaftler, wie die Professoren Romberg, Gieken, Wehrle, Nürnberg, und Hoeminger, Freiburg, und Sachleute der Arbeitsvermittlung, wie Dr. Lüttgens, Rogdeburg, und Dr. Vermiegel, Berlin, werden die einleitenden Vorträge halten. Die Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände und der kommunalen Interessenverbände werden in eingehender Aussprache Stellung zu den Grundfragen der Arbeitsvermittlung nehmen.

Eine offene Aussprache über den Stand der Arbeitsvermittlung in Deutschland, ihre Hemmnisse, wie über die grundsätzlichen Streitfragen ist notwendig. Daß die Düsseldorfertagung hierzu Gelegenheit gibt, ist zu begrüßen. Nicht nur, weil die Öffentlichkeit mehr als bisher die hohe wirtschaftspolitische Bedeutung eines systematischen Ausgleiches des Angebots und der Nachfrage von Arbeitskräften erkennen wird, sondern weil vor allem die Erörterung der den notwendigen

Ausbau des öffentlichen Arbeitsnachweises

hemmenden prinzipiellen Streitfragen in breiterer Öffentlichkeit nützlich und förderlich ist. Die Hoffnung ist berechtigt, daß dadurch die Tagung zur Stärkung und Konsolidierung des öffentlichen Arbeitsnachweises ganz wesentlich beitragen und die Systematik der Arbeitsvermittlung fördern wird.

Die deutsche Wirtschaft kann einen systematischen, zweckentsprechend organisierten und alle Beteiligten organisatorisch befriedigenden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften nicht entbehren, denn sie ist gezwungen, auch auf diesem Gebiet sehr viel bessere Ökonomie zu treiben als bisher. Die arbeitsmarktpolitischen Probleme sind sehr viel schwieriger geworden als früher. Verschiebungen im Weltmarktbedarf, Veränderungen durch Technik usw. haben tiefgreifend und sich nach den verschiedensten Richtungen auswirkend den Arbeitsmarkt beeinflusst. Während sich in den einen Berufen und Bezirken die Arbeitslosigkeit hoffnungslos massiert, besteht in anderen ein ständiger Mangel an Arbeitskraft. Es zeigt sich eine starke Verschiebung der Standorte der Industrie, die näher an die Rohstoffe oder in bessere Verkehrswege kommen will. Notwendig ist ein besserer Ausgleich der Arbeitskräfte zwischen Landwirtschaft und Industrie, wenn dauernd die Zahl fremdländischer Landarbeiter gesenkt werden soll. Es bestehen auf dem Arbeitsmarkt Mißverhältnisse zwischen Gelehrten und Ungelernten, zwischen Schwere- und Leichtarbeitern. Die Lösung dieser Probleme ist weder ohne einen systematischen Ausgleich, noch ohne systematische Umstellung, Umschichtung und Berufsberatung möglich. Darum ist der Ausbau der Arbeitsvermittlung und ihrer so mannigfachen Nebenaufgaben ein Gebot zwingender Notwendigkeit.

Daß diese Aufgaben nur im paritätischen Zusammenwirken der Beteiligten, also der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelöst werden können, ist selbstverständlich. Die Gewerkschaften, die in den neunziger Jahren noch strikte die Arbeitsvermittlung als ein den Arbeitern, die ihre Arbeitskraft anboten, natürlich zustehendes Recht reklamierten, haben sich schon einige Jahre später grundsätzlich für den paritätischen, resp. gemeindlichen Arbeitsnachweis erklärt. Anders die Unternehmer, die in steigendem Maße die Arbeitsvermittlung durch Arbeitgebernachweise in ihre Hand zu bringen suchten. Erst der Kriegsausgang zwang die Arbeitgeber grundsätzlich die Neutralität des Arbeitsnachweises anzuerkennen. Das Novemberabkommen 1918 vereinbarte

gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung

des Arbeitsnachweises. Das am 1. Oktober 1922 in Kraft getretene Arbeitsnachweisgesetz bildet den allerdings stark verarbeiteten gesetzlichen Niederschlag des 1918 anerkannten Grundgedanken. Der Arbeitsnachweis wurde ein öffentlicher, der losgelöst von irgend welchen Sonderinteressen irgend einer Gruppe nur arbeitsmarktpolitischen Aufgaben zu dienen hatte. Die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise wurden unter stärkere Kontrolle gestellt und nur bis zum Jahre 1930 gestattet. Neben den öffentlichen Arbeitsnachweisen konnten auch weitere nichtgewerkschaftliche Nachweise bestehen bleiben, aber auch sie wurden unter die Aufsicht der Arbeitsämter gestellt und mußten Unentgeltlichkeit und Unparteilichkeit der Vermittlung garantieren. Einzig solche Arbeitsnachweise, die von den Gewerkschaften errichtet und sachgemäß nur an die eigenen Mitglieder vermittelt, durften künftig nach Verbandszugehörigkeit fragen. Das weit überwiegende Schwergewicht fiel den öffentlichen Arbeitsnachweisen zu. Sie wurden Einrichtungen der Gemeinden, sollten aber zugleich unter einem starken Einfluß der Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber stehen. Letztere bildeten den paritätischen Verwaltungsausschuß, dem die grundsätzliche Verwaltung zufällt, während die Gemeinde die Geschäftsführung ausübt.

Die öffentlichen Arbeitsnachweise haben leider bisher die ihnen zufallenden Aufgaben nur unvollkommen erfüllen können. Obwohl heute jede Gemeinde in Deutschland einen öffentlichen Arbeitsnachweis betreibt oder an einen solchen angeschlossen ist, ist die Gesamtzahl der erfolgten Vermittlungen im Verhältnis zur Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt durchaus unzureichend. Der Arbeitswechsel vollzieht sich in weitem Umfang noch immer unregelmäßig. Der Arbeiter ist vielfach noch auf die peinliche Arbeitsuche von Tor zu Tor angewiesen, mit allen den unerträglichen Nebenwirkungen, die diese Methode für den Arbeiter zur Folge hat. Die Wirtschaft als Ganzes bedarf aber auch einer geregelten Vermittlung der Arbeitskräfte, sie kann sich, wie die Dinge heute liegen, nicht den unregelmäßigen, von Zufällen abhängenden Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage

gestatten. Das Ziel ist daher der Ausbau zu einer systematischen und unparteiischen Arbeitsvermittlung.

Die Düsseldorfertagung verfolgt diesen Zweck. Aber das Ziel läßt sich nur erreichen, wenn es gelingt, die starken Hemmnisse zu beseitigen, die heute dem Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise im Wege stehen.

Das Arbeitsnachweisgesetz übertrug den öffentlichen Arbeitsnachweis der Gemeinde und zugleich der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die auch aus ihren Beiträgen zwei Drittel der Kosten decken, theoretisch eine weitgehende Mitwirkung gesichert. Über diese Verbindung zwischen Gemeindeverwaltung und wirtschaftlicher Selbstverwaltung ist in den meisten Fällen eine bloße theoretische Konstruktion geblieben, die sich praktisch nicht auswirken kann, weil die Gemeindeverwaltungen die wirkliche und entscheidende Mitwirkung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer als störend und dem sonstigen gemeindlichen Verwaltungsapparat fremd, auszuschalten versuchten. Die Folge ist, daß in solchen Fällen der Arbeitsnachweis bürokratisiert, weil er der gestaltenden Mitarbeit der Wirtschaft entbehrt. Er kann sich dadurch nicht das nötige Vertrauen der Wirtschaftstreffs erwerben. Und ohne dieses vertrauensvolle Mitwirken wird ein Arbeitsnachweis zur bloßen Formsache, für die jeder Pfennig Ausgabe zuviel ist. Der Arbeitsnachweis kann nur dann seine wirtschafts- und sozialpolitisch so wichtige Funktion erfüllen, wenn es gelingt,

die wirtschaftliche Selbstverwaltung praktisch durchzuführen

und den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wirklich maßgebenden Einfluß zu sichern.

Leider sind einflussreiche Kommunalpolitiker, allen voran der Deutsche Städtetag, drauf und dran, die wirtschaftliche Selbstverwaltung im öffentlichen Arbeitsnachweis vollends auszuschalten. Was sich heute noch hinter den Kulissen abspielt, insbesondere der Versuch, einen „Verband der preussischen Arbeitsnachweise“ zu gründen, und was im bewußten und gewollten Gegensatz zu den von den Gewerkschaften vertretenen Anschauungen und Forderungen steht, ist nichts weiter als ein für die Entwicklung des Arbeitsnachweises

verhängnisvoller Vorstoß der kommunalen Bürokratie,

die sich des für sie störenden Einflusses der Wirtschaft bei der Führung des Arbeitsnachweises entledigen will. Dieser Gegensatz wird auf der Düsseldorfertagung sehr eingehend behandelt werden müssen. Hoffentlich geht von der Tagung eine starke Beeinflussung und nachhaltige Belehrung derjenigen Stellen aus, die heute noch glauben, den öffentlichen Arbeitsnachweis noch fester von der Gemeindeverwaltung umklammern zu müssen. Die Düsseldorfertagung kann für die künftige Entwicklung des öffentlichen Arbeitsnachweises bahnbrechend wirken, wenn es gelingt, dem Anspruch der Vertreter der Wirtschaft Geltung zu verschaffen. Nur dadurch wäre es möglich, den öffentlichen Arbeitsnachweis, der heute leider nur unvollkommen seine Funktion erfüllt, zu einer Einrichtung zu machen, die befähigt ist, wirklich den bestmöglichen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zum Nutzen der Gesamtwirtschaft durchzuführen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Zulassung des Vertreters der Faschisten.

Genf, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Dienstagssitzung der Arbeitskonferenz erfolgte eine lange Aussprache und die Entscheidung über den Fall Rossini. Die Vollmachtsprüfungskommission hatte mit zwei Stimmen gegen die Stimme des Arbeitervertreterers Jouhaux die Gültigkeitserklärung des Mandats Rossinis vorgeschlagen. Genosse Kertens erklärte dagegen im Namen der Arbeitergruppe, daß diese einstimmig gegen die Gültigkeitserklärung stimmen werde; der Vertreter der christlichen Gewerkschaften Serrarcus-Holland schloß sich diesem Protest an.

Foulton - England erklärte, daß das Mandat Rossinis im Widerspruch zu den Grundsätzen der Gewerkschaftsfreiheit und den endgültigen Beschlüssen der Vertragsstaaten stehe. Der italienische Regierungsvertreter behauptete, die faschistischen Gewerkschaften seien „die wahren Vertreter“ der italienischen Arbeiter und würden nur von Arbeitern geleitet. Rossini richtete heftige Angriffe gegen die Amsterdamer Internationale; das Kapital und die Arbeiter hätten die gleichen Interessen. (Und dieser Söldling wagt es, sich als Arbeitervertreter auszugeben! Red. d. V.) Die Proteste gegen seine Wahl seien eine Verleumdung. Die Faschisten seien die besten Anhänger des Arbeitsamtes. Demgegenüber wies Jouhaux auf die maßlosen Hejartitel Rossinis gegen das Arbeitsamt hin und auf das Ergebnis der letzten Betriebsrätewahlen, die überall der nichtfaschistischen Liste den Sieg gebracht haben. Es handle sich hier nicht um eine politische Frage, sondern um das Prinzip der gewerkschaftlichen Freiheit, für das die gesamte Arbeiterschaft gegen den Faschismus einträte.

Die Abstimmung brachte dann man 66 gegen 31 Stimmen der Arbeitergruppen die Gültigkeitserklärung des Mandats von Rossini. 42 Vertreter enthielten sich der Stimme. Rossini erhielt nur 4 Stimmen über die sachgemäß erforderliche Stimmenzahl. Die Anerkennung seines Mandats ist tatsächlich bedeutungslos, da er durch einstimmigen Beschluß der Arbeitervertreter von sämtlichen Kommissionen ausgeschlossen wurde. An diesem Beschluß nahmen auch die Delegierten der christlichen Gewerkschaften und der übrigen Amsterdamer nicht angeschlossenen Verbände einmütig teil. Die Regierungsvertreter Deutschlands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Österreichs und Kanadas stimmten nicht mit, die Regierungsvertreter Südamerikas und Argentiniens und der Arbeitgebervertreter Kanadas stimmten gegen Rossini.

Genf, 27. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Kommission zur Ausarbeitung eines Abkommens über eine allgemeine internationale Unfallversicherung hat den ursprünglichen Entwurf, der die Unfallversicherung auf alle Arbeiter ausdehnen wollte, abgelehnt und die Versicherung beschränkt auf die Betriebe, die als Betriebe mit gefährlicher Tätigkeit erklärt werden. Dieser neue Entwurf wurde mit Rücksicht auf diejenigen Staaten angenommen, in denen eine Unfallversicherung nur dem Namen nach besteht und die eine Unfallversicherung für alle Arbeiter nicht annehmen würden. Wie die deutsche Delegation mitteilt, beabsichtigt das deutsche Reichsministerium, demnächst im Reichstag einen Gegenentwurf vorzulegen, der eine grundsätzliche Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Arbeiter vorsieht, allerdings soll die Durchführung dieses Planes etappenweise erfolgen.

Der Metallarbeiterverband in Berlin.

Neubelebung und innere Festigung.

In der Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erläuterte Bevollmächtigter Ziska den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Das Ende der Inflationszeit brachte zwar wieder eine feste Grundlage für die gewerkschaftliche Arbeit, allein die wirtschaftlichen und organisatorischen Nachwirkungen der Inflation blieben zu überwinden. Während noch in der ersten Hälfte des Jahres 1924 die Hunderttausende arbeitslos, der Metallarbeiter dem Arbeitsmarkt den Stempel aufdrückten, zeigte sich nach dem Zustandekommen der internationalen Kreditabkommen eine Belebung der Produktion, die am Schlusse des Jahres sogar zu einem gewissen Facharbeitermangel führte. Das wirkte sich auch auf die Lohngestaltung aus. Bis zum März 1924 befanden sich in den tariflich festgelegten Löhnen zwischen den Gelehrten, den Angelernten und den Ungelernten nur unwesentliche Spannungen. Nach dem Ablauf des Tarifes änderte sich das Bild. Die Unternehmer des BWRV lehnten die Lohnforderungen der ungelerten Arbeiter fast überall ab und pächten nur die Handwerkerlöhne, wenn auch widerwillig, den gesteigerten Lebensverhältnissen etwas mehr an. Erst der neue Lohnvertrag für die Ungelernten ließ das Lohnniveau langsam, aber stetig steigen. — Der Mitgliederrückgang setzte von dem Augenblick an besonders scharf ein, wo die Unterhaltungsleistungen abgebaut werden mußten. Mit deren Wiedereinführung ging es auch wieder aufwärts.

Die mit der Besserung der Wirtschaftsverhältnisse gleichlaufende Besserung der Lebenslage der Arbeiterschaft hat viele Gegenstände in der Metallarbeiterschaft ausgeglichen. Das hat sich bei den Betriebsrätewahlen, die sich sonst immer unter besonders schweren Kämpfen der politischen Richtungen abspielten, bemerkbar gemacht. In den maßgebenden Betrieben konnten gewerkschaftliche Einheitslisten aufgestellt werden, die den Betriebsleitungen nicht mehr das Bild der Zerissenheit offenbarten. Daß am Schlusse des Berichtsjahres erfreulicherweise eine größere Solidarität festgelegt werden konnte, führt die Verwaltung auf die rastlose Arbeit des Funktionärskörpers zurück.

Die Kommunisten stellten bei der Neuwahl der turnusmäßig auscheidenden Mitglieder der Ortsverwaltung den alten Mitgliedern eigene Kandidaten gegenüber. Erster Bevollmächtigter sollte Niederländer werden, Kassierer Hünede. Um die Wahlhandlung in die Länge zu ziehen, wurde für jeden Kandidaten Urabstimmung beantragt. Die Kommunisten blieben aber bei den Anträgen sowohl wie auch bei den Wahlen mit etwa zwanzig Stimmen (!) in der Minderheit.

In seinem Jahresbericht für das erste Quartal 1925 teilte Kassierer Schmidt u. a. mit, daß der Hauptposten die Schulden der Ortsverwaltung zum größten Teil getilgt habe. Die vorliegenden Anträge wurden als erledigt betrachtet, weil ähnliche und weitergehende bereits in früheren Generalversammlungen ausführlich behandelt wurden.

Förderung eines Reichsberggesetzes.

Essen, 27. Mai. (W.V.) Die Arbeiter- und Angestelltenengruppe der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebiets hat den beteiligten Regierungsstellen den nachfolgenden Antrag überhandelt:

„Die in letzter Zeit erfolgten großen Massenunfälle im Kohlenbergbau des Ruhrgebietes, sowie die besonderen Gefahren, die der Bergbau in sich birgt, erfordern gebieterisch eine Verbesserung und Reorganisation des bestehenden Grubensicherheitswesens. In erster Linie ist es erforderlich, die durch die verschiedenen Landesgesetze verworrene Berggesetzgebung durch Schaffung eines Reichsberggesetzes einheitlich zu regeln. Insbesondere muß im neuen Reichsberggesetz der betriebliche und soziale Schutz der Arbeiter und Angestellten wesentlich verschärft werden. Es müssen dabei die neuen arbeitsrechtlichen Bestimmungen Berücksichtigung finden. Die Gruppen der Arbeiter und Angestellten der Arbeitskammer für den Kohlenbergbau des Ruhrgebietes ersuchen daher die Reichsregierung, ihnen baldigst einen Entwurf zu einem Reichsberggesetz zur Begutachtung vorzulegen.“

Die Kufjagfabrik Armin Tennert, Berlin, Borsigener Str. 73, hat ihre gelauerte Belegschaft strikt entlassen, weil die Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit ablehnten.

Der Verein der Akkordleistenden, nicht ein Verein der Akkordmänner, ist an dem in heutigen Morgenblatt des „Vorwärts“ veröffentlichten Akkordtarifvertrag für Mufdensteinträger und Fährfuhrarbeiter beteiligt.

Graphisches Gewerbe. Versammlung, den 27. Mai, ab morgens 8 Uhr, im Graph. Vereinshaus, Alexanderstr. 44, Ausgabe des „Kämpfer“ Nr. 12. In der diesmaligen Nummer eine werbende Beilage beiliegend, die die Abholung besonders bringt. Wir erwarten von allen Funktionären des graphischen Gewerbes, daß sie in sämtlichen Betrieben für Abholung sorgen. Der Werbeausschuß.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Arthur Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Reichs. Giebra; Revolution: Dr. John Schilowski; Soziales und Sonstiges: Fritz Rappst; Anzeigen: Th. Glöde; (Sämtlich in Berlin). Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Haben Sie Wanzen? So gebrauchen Sie Mothesin.

Unfehlbares Spezial-Mittel zur radikalen Vernichtung der Wanzen und deren Brut. Unschadlich für Mensch und Tier. Preis Flasche 1.-, 2.50 und 4.-. Nur allein erst bei Arth. Mothes, Berlin N. 31, Schweinender Straße 41. Gegen Schaben, Ratten, Fliegen und Mücken usw. Ratten nicht! Bestellen Sie Mothesin als natürlich anerkanntes Spezial-Mittel in Schachteln à 1.-. —

Bittiger Fleischverkauf

Prima Qualität. Aus eigenen Schlachtungen.

Elselme Pfund 30 Pf.

Schweineknochen 2 Pfd. 25 „

Berliner Wurst- und Fleischwarenfabrik

Carl Leske, Petersburger Platz 8.

Geflügelfutter

olligst abzurufen.

Kokert, Spreestr. 43

Krause-Pianos

zur

Miete

Anabacher Str. 1. für Fortissimo

Metalbetten

Stahlmatratz. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbellabr. Suhl Thür.

Sehr preiswert!
Kinderwagen
Klappwagen
Metallbetten
Kindermöbel
Liegestühle
Leiterwagen
Babykörbe
Korbmöbel
Größte Auswahl!



Andreasstr. 23
Andreasplatz

Beste Fabrikate!
Brunnenstr. 95
Beuffelstr. 67
Leipziger Str. 54/55
Neutölln-Bergstr. 133
Ependau:
Charlottenstr. 24 a
Niederschöneweide:
Brückenstr. 9
Größte Auswahl!

Trauerpendeln

über Art
Herrn Professor
Paul Goletta,
normale Regel-Nr.
Mariannenstr. 3,
Kant. Moritzpl. 10000.

Gardinen

Sonderangebote
Gelegenh.-Käufe
in Resten
Stores, Bettdecken
Madras- und
Küchgardinen.
Sonder-Gardinen
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Filiale Warten, Wilmsdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzburg 9831
Herstellung elektr. Licht-, Kraft-
und Signalanlagen Verkauf aller
elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

meine Bilder verschwanden

durch Ihre wirklich vorzüglichen Wiedergabegeräte „Salsolin“ (Schreibstift) Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.